

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Eberhard Menzel

Mitglied SPD-Fraktion

2. Bürgermeister Wilfrid Adam
Ratsmitglied Ursula Aljets
Ratsmitglied Holger Barkowsky
Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger
Ratsmitglied Hans Gabriels
Ratsmitglied Hans Hartmann
Ratsmitglied Hans-Jürgen Kempcke
Ratsmitglied Kurt Lorentz
Beigeordneter Siegfried Neumann
Ratsmitglied Uwe Reese
Ratsvorsitzender Norbert Schmidt
Ratsmitglied Margit Stoermer
Ratsmitglied Angelika Thwin
Ratsmitglied Christine Will

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Biester
Ratsmitglied August Desenz
Ratsmitglied Ursula Glaser
Ratsmitglied Martin Harms
Ratsmitglied Stephan Hellwig
Ratsmitglied Brigitte Klee
Ratsmitglied Michael Kunze
1. Bürgermeister Fritz Langen
Ratsmitglied Helmut Möhle
Ratsmitglied Philipp Panzer
Ratsmitglied Bernhard Rech
Beigeordneter Prof. Günter Reuter
Beigeordneter Heinz Weerda

Mitglied FDP-Fraktion

Ratsmitglied Susanne Bauermeister
Ratsmitglied Hans-Joachim Jasny
Ratsmitglied Horst Radmer
Ratsmitglied Hartmuth Sager
Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglied Werner Biehl
Ratsmitglied Erika Lach
Ratsmitglied Claus-Dieter Westerman

Mitglied Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen

Ratsmitglied Joachim Ender
Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum
Ratsmitglied Gerold Tholen
Beigeordneter Joachim Tjaden

Mitglied "Die Linke"

Ratsmitglied Johann Janssen

parteilos

Ratsmitglied Peter Müller

Dezernent

Stadtrat Dr. Jens Graul
Stadtkämmerer Heiko Hoff
Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek
Erster Stadtrat Jens Stoffers

von der Verwaltung

Gleichstellungsbeauftragte Ellen Wolbergs
Fachbereichsleitung Zentrale Dienste Peter Gniech
Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Arnold Preuß
Fachbereich Kommunikation & Koordination Ira Wernicke
Fachbereichsleitung Finanzwirtschaft Jörg Valnion

Protokollführerin

Protokollführerin Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Jörn Felbier
Ratsmitglied Sabine Gastmann
Ratsmitglied Hermann Stolle

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

B. Einwohnerfragestunde auf Seite 10

A. Öffentlicher TeilTagesordnung:

- | | | |
|-------|---|---------|
| 5.1 | Antrag der SPD-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen | |
| 5.2 | Resolution auf Antrag der SPD-Fraktion zum Thema "Hilfe aus einer Hand für Langzeitarbeitslose muss erhalten bleiben" | |
| 6.1.1 | Ernennung zum Ehrenbeamten - Andreas David | 7/2010 |
| 6.1.2 | Kommissarische Übertragung von Aufgaben - Horst Erbe | 8/2010 |
| 6.2.1 | Umnutzung von Spielflächen: Kopernikusweg | 12/2010 |
| 6.2.2 | Bildung einer Erschließungseinheit im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 178 Teilbereich A -Schaar West- | 21/2010 |
| 6.2.3 | Umgestaltung Rathausumfeld - Konzeptplanung- | 22/2010 |
| 6.2.4 | Bebauungsplan Nr. 177, 2. Änderung -Heppenser Groden Mitte- Entwurfsbeschluss | 24/2010 |
| 7.1 | Kleine Anfrage Ratsherr Janssen zum Thema "Stadtentwicklung" | |
| 8 | Arbeitskreis "Umstrukturierung/Neuordnung des Gesamtkonzerns Stadt" | |

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Schmidt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: (einstimmig)

Die Tagesordnung wird in der soeben vorgetragenen Form festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen des Rates sowie der Einwohnerfragestunden vom 23.09.2009, 21.10.2009, 28.10.2009, 25.11.2009 und 13.01.2010

Beschluss: (einstimmig)

Die Niederschriften der öffentlichen Sitzungen des Rates sowie der Einwohnerfragestunden vom 23.09.2009, 21.10.2009, 28.10.2009, 25.11.2009 und 13.01.2010 werden genehmigt.

4 Aktuelle Stunde

Auf Antrag von **Ratsherrn Janssen** wurde das Thema „Ausfall von Schulunterricht und Märkten durch von Schnee und Eis ungeräumte Plätze“ erörtert.

An der regen Diskussion beteiligten sich neben dem Antragsteller **Herr Dr. von Teichman, Herr Kottek, Frau Aljets, Prof. Reuter, Herr Weerda, Frau Biester, Oberbürgermeister Menzel und Herr Biehl.**

5 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat (Beigeordneter Prof. Reuter)

5.1 Antrag der SPD-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen

Herr Neumann beantragte folgende Umbesetzung: Herr Reese wird stellvertretender Vorsitzender des Sportausschusses.

Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

5.2 Resolution auf Antrag der SPD-Fraktion zum Thema "Hilfe aus einer Hand für Langzeitarbeitslose muss erhalten bleiben"

Frau Aljets brachte für die SPD-Fraktion die folgende Resolution ein:

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven fordert die Verwaltung auf, gegenüber dem Bund und dem Land dafür einzutreten, dass die Hilfe aus einer Hand für Langzeitarbeitslose in den Jobcentern der Arbeitsgemeinschaften erhalten bleibt. Der im Februar 2009 mit den Ländern gefundene Kompromiss der verfassungsrechtlichen Absicherung des Modells der Arbeitsgemeinschaft und des Optionsmodells muss weiterverfolgt werden.

Zudem darf es keine Einschränkungen für flexible, vor Ort zu steuernde Arbeitsmarktprogramme geben. Auch fordern wir angesichts der erheblichen Steigerungen der Kosten der Unterkunft, die Struktur der Mitfinanzierung dieser Leistungen nach dem SGB II durch die Kommunen rasch zu verändern, um das ursprüngliche Ziel der Entlastung der Kommunen von Kosten der Langzeitarbeitslosigkeit zu erreichen.

Begründung:

Am 21.12.2007 hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt: „Arbeitsgemeinschaften gemäß § 44b SGB II widersprechen dem Grundsatz eigenverantwortlicher Aufgabenwahrnehmung...“. Die nun im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP festgeschriebene getrennte Trägerschaft von Kommunen und Bundesagentur für Arbeit (BA) und die Zerschlagung der ARGEN, ist der Weg in die falsche Richtung.

Für die Erwerbslosen und Hilfebedürftigen bedeutet die getrennte Trägerschaft, dass sie für ihren Lebensunterhalt und für die Sicherung ihrer Unterkunftskosten bei zwei Behörden vorsprechen müssten, die ggf. unterschiedliche bis gegensätzliche Entscheidungen zur Leistungsgewährung treffen würden.

Die kommunale Landschaft der Träger von Eingliederungs- und Qualifizierungsmaßnahmen ist in Gefahr, wenn ausschließlich die BA über den Einkauf von Leistungen und Maßnahmen zur Eingliederung und Qualifizierung zu entscheiden hat.

Für die kommunalen Beschäftigten verbleibt lediglich die nachrangige Sachbearbeitung der Leistungen für Unterkunfts- und Heizkosten, wenn die Aufgaben getrennt werden.

Für die kreisfreien Städte und Landkreise bedeutet deshalb die getrennte Trägerschaft, dass sie den Einfluss auf die lokale Arbeitsmarktpolitik und die Integration der Arbeitsuchenden verlieren würden, während gleichzeitig der Verwaltungsaufwand und damit verbunden die Kosten erheblich steigen würden.“

Herr Dr. von Teichman zeigte sich optimistisch, dass hier eine vernünftige Lösung gefunden werde. Darüber hinaus verwies er auf den Koalitionsvertrag, wonach die Bundesagentur für Arbeit auch weiterhin mit den Kommunen unter einem Dach zusammenarbeiten soll, jedoch auf einer verfassungsrechtlich abgesicherten Grundlage. Er halte es für wichtig, dass sich für die Kunden nichts ändere.

Frau Aljets vermutete, die jetzige Entwicklung sei auf die zahlreichen Eingaben seitens der Kommunen zurückzuführen. Eine Auflösung der Arbeitsgemeinschaften wäre ihrer Meinung nach der falsche Weg gewesen, zumal die Zusammenarbeit der Agenturen und der Kommunen erhebliche Vereinfachungen sowohl für die Arbeitsabläufe als auch für die Kunden darstelle. Hier wolle sie an die erfolgreiche Arbeit der Gesellschaft für Arbeitsvermittlung und Qualifizierungsförderung (GAQ) erinnern, deren Fortbestand bei getrennter Aufgabenwahrnehmung gefährdet sei.

Herr Möhle erklärte, er stimme dem Anliegen vom Prinzip her zu; vor dem Hintergrund der aktuellen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts halte er die Resolution jedoch für überflüssig. Seine Fraktion werde daher auch den Antrag ablehnen.

Herr Tjaden hielt dem entgegen, dass die Resolution dennoch einen Schritt in die richtige Richtung darstelle, zumal die weitere Entwicklung noch nicht absehbar sei.

Herr Biehl ergänzte, die Verabschiedung der Resolution sei zudem wichtig, um ein Zeichen gegenüber der Bundesregierung zu setzen.

Frau Aljets wies die Aussage von Herrn Möhle als voreilig zurück. Dazu verweise sie auf einen WZ-Artikel, laut dem die Jobcenter sich auch weiterhin auf eine Trennung einrichteten. Mit dieser Resolution solle das Bemühen derjenigen unterstützt werden, die nach wie vor die Hilfe aus einer Hand befürworteten.

Der **Antrag der SPD-Fraktion auf Verabschiedung der Resolution** „Hilfe aus einer Hand für Langzeitarbeitslose muss erhalten bleiben“ wurde in der anschließenden Abstimmung bei Gegenstimmen der CDU-Fraktion und Enthaltungen von Herrn Harms und Frau Klee **mehrheitlich angenommen**.

6 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

6.1 Ausschuss für Personal- und Gleichstellungsfragen (Ratsherr Felbier)

6.1.1 Ernennung zum Ehrenbeamten - Andreas David

7/2010

Herr Panzer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Personal und Gleichstellungsfragen vom 08.02.2010 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Herr Andreas David ist gem. § 13 Abs. 2 Nds. Brandschutzgesetz mit Wirkung vom 01.02.2010 bis zum 31.01.2016 zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Nord im Ehrenbeamtenverhältnis zu ernennen.

6.1.2 Kommissarische Übertragung von Aufgaben - Horst Erbe

8/2010

Herr Panzer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Personal und Gleichstellungsfragen vom 08.02.2010 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Herrn Horst Erbe werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von zwei Jahren die Aufgaben des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Nord kommissarisch übertragen.

6.2 Ausschuss für Planen und Bauen (Ratsherr Rech)**6.2.1 Umnutzung von Spielflächen: Kopernikusweg****12/2010**

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 26.01.2010 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

- 1. Der Spielplatz Nr. 76, Kopernikusweg wird umgenutzt in Wohnbaufläche.**
- 2. Die 1. Änderung des Bebauungsplanes 92 C wird zur Aufstellung beschlossen.**

6.2.2 Bildung einer Erschließungseinheit im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 178 Teilbereich A - Schaar West -**21/2010**

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 26.01.2010 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 178 Teilbereich A – Schaar West – liegenden Planstraßen A (Pütthäuser Straße mit befahrbarem Wohnweg) und C (Sietwendung) werden jeweils einschl. der öffentlichen Parkflächen und des Straßenverkehrsgrüns zur einheitlichen Ermittlung des beitragsfähigen Erschließungsaufwandes gem. § 130 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 3 Abs. 2 der Erschließungsbeitragssatzung vom 15.6.1988 zu einer Erschließungseinheit zusammengefasst.

6.2.3 Umgestaltung Rathausumfeld - Konzeptplanung-**22/2010**

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 26.01.2010 vor.

Anschließend erläuterte Herr Rech die Planungen: Durch den Abbruch des Parkhauses an der Mitscherlichstraße fehlten nunmehr zahlreiche Stellmöglichkeiten für Pkw. Zudem bestehe ein Anspruch für Mieter und Eigentümer der am Rathausplatz liegenden Gebäude auf die von ihnen ursprünglich im Parkhaus finanzierten Stellplätze. Aus diesem Grunde müsse die Parkplatzsituation rund um das Rathaus angepasst werden. In die Vorbereitungen seien auch die Bürger einbezogen worden und aus den Ergebnissen habe man dann das vorgelegte Konzept erarbeitet. Zunächst gehe es jedoch um den Abschluss der Planungen für Stellplätze im Bereich „Postgang“ und „Paul-Hug-Straße“. Die übrigen Vorhaben seien vorerst zurückgestellt; deren Umsetzung erfordere gesonderte Beschlüsse.

Herr Schmidt machte deutlich, dass es bei dem heutigen Beschlussvorschlag zunächst um den Abschluss der Konzeptplanung handele, die Details seien Inhalt einer späteren Ausführungsplanung. Seine Fraktion werde den Planungen zustimmen, wenn man dort derzeit auch nicht die Möglichkeit sehe, diese umzusetzen.

Herr Biehl betonte ebenfalls, dass es sich bei dem heute vorliegenden Konzept vorerst um einen Entwurf handele. Seine Fraktion stimme auch nur aus diesem Grunde der Beschlussvorlage zu. Für die Zustimmung zu einer endgültigen

Umsetzung seien derzeit noch zu viele Fragen offen.

Herr Dr. von Teichman stimmte den Ausführungen von Herrn Biehl zu. Da dem Umfeld eines Rathauses besondere Bedeutung für die Stadt zukomme, müsse dieser Bereich entsprechend gestaltet werden. Dies sei in Wilhelmshaven derzeit bedauerlicherweise nicht der Fall und daher Änderungen unumgänglich. In diesem Zusammenhang halte er es zudem für wichtig, dass auch gegenüber der Bevölkerung die Zusammenhänge der einzelnen Planungen verdeutlicht werden. Abschließend stellte er die aus Sicht der FDP-Fraktion bestehenden Problemfelder, wie Parkplätze, Begrünung sowie Pflasterung des Rathausplatzes, heraus. Seine Fraktion stelle daher folgenden **Änderungsantrag**:

„1. Das Konzept zur Entwurfsplanung für o. g. Umgestaltung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

2. Die Umsetzung erfordert eventuell eine Detailplanung und einen gesonderten Beschluss des Rates.“

Dazu betonte Herr Dr. von Teichman wie wichtig es sei, vor der endgültigen Umsetzung des Konzeptes über die Details gesondert zu beraten.

Herr Neumann bekräftigte die Bedeutung des heutigen Beschlusses für den Abschluss der Planungen und merkte an, dass nach Aussage des Stadtbaurates Änderungen auch zu einem späteren Zeitpunkt noch möglich seien. Der Änderungsantrag sei somit überflüssig.

Herr Tjaden wie auch **Herr Hellwig** stimmten den Ausführungen von Herrn Neumann zu.

Herr Harms erinnerte daran, dass dem Beschlussvorschlag im Bauausschuss zugestimmt worden sei. Er halte den Änderungsantrag für „Wortklauberei“.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, wurde zunächst über den Änderungsantrag abgestimmt:

Der Änderungsantrag von Herrn Dr. von Teichman wurde daraufhin mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

1.) Dem Konzept zur Entwurfsplanung des Büros Thalen Consult GmbH (Stand Juli und November 2009) für o.g. Umgestaltung wird zugestimmt.

2.) Die Umsetzung erfordert einen gesonderten Beschluss des Rates.

6.2.4 Bebauungsplan Nr. 177, 2. Änderung - Heppenser Groden Mitte - 24/2010 Entwurfsbeschluss

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 26.01.2010 vor.

Herr Tjaden verdeutlichte, dass seines Erachtens durch die Beschaffenheit der Fläche auch die Zuständigkeit des Umweltausschusses gegeben sei und bat, künftig bei ähnlichen Fällen den Fachausschuss mit einzubeziehen.

Herr Kottek erklärte daraufhin, in welchen Fällen der Umweltausschuss regelmäßig zu beteiligen sei. Bei Interesse könne er diese Thematik jedoch gerne auch in diesem Ausschuss erörtern.

Herr Tjaden machte deutlich, er wolle lediglich verhindern, dass der Umweltausschuss nicht beteiligt werde. So könne der Ausschuss selbst

entscheiden, inwieweit er sich mit einem Thema weiter befasse.

Herr Westerman erklärte, er werde dies dann im Umweltausschuss entsprechend vortragen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf des **Bebauungsplans Nr. 177, 2. Änderung**-Heppenser Groden Mitte- zu und beschließt, ihn einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist Bestandteil des Protokolls.

7 Kleine Anfragen

7.1 Kleine Anfrage Ratsherr Janssen zum Thema "Stadtentwicklung"

Herr Janssen trug seine Kleine Anfrage zum Thema „Stadtentwicklung“ wie folgt mit der Bitte um Beantwortung vor:

„Wann werden die in der Oktoberratssitzung beschlossenen Informationsveranstaltungen zur Stadtentwicklung durchgeführt?“

Herr Dr. Graul antwortete:

„Die Verwaltung hat den Ratsbeschluss aus der Oktobersitzung in dem Sinne interpretiert, dass die bisherige Praxis von Informationsveranstaltungen zu Fragen der Stadtentwicklung fortgeführt werden soll.

Nicht nur im Rahmen der Bauleitplanung wurden in der Vergangenheit regelmäßig Bürgerversammlungen oder Bürgersprechstunden durchgeführt, sondern auch und insbesondere über Großvorhaben im Stadtnorden bzw. an der Ostküste (JadeWeserPort, Kohlekraftwerk etc.).

Regelmäßige Informationen erfolgten im Sanierungsgebiet „Westliche Südstadt“ in öffentlichen Sitzungen des Stadtteilbeirates. Außerdem wurde über Umfeldplanungen wie Rathausplatz oder Marktstraße West in eigenen Informationsveranstaltungen berichtet.

Zwischen 2002 und 2006 haben im Rahmen des Forschungsvorhabens „Stadtumbau West“ mehr als 100 Bürger an dem gesamtstädtischen „Zukunftsdialog“ in mehreren Arbeitskreisen und begleitenden öffentlichen Fachforen teilgenommen.

Das „Stadtleitbild Wilhelmshaven“ wurde 2001 mit mehr als 60 Personen in Arbeitsgruppen diskutiert, Workshops haben stattgefunden zum Tourismuskonzept 2005 und 2006, zu den verschiedenen Einzelhandelsgutachten, zu den „Kulturpolitischen Leitlinien“ mit mehr als 100 Kulturschaffenden, Zur Schulentwicklungsplanung und zu den „Sportpolitischen Leitlinien“.

Die Verwaltung wird diese Praxis der Informationsveranstaltungen zu Fragen der Stadtentwicklung auch in Zukunft anlassbezogen fortsetzen.“

8 Arbeitskreis "Umstrukturierung/Neuordnung des Gesamtkonzerns Stadt"

8.1 Bericht des Arbeitskreises

Herr Neumann informierte, in seiner letzten Sitzung gemeinsam mit dem Kämmerer habe sich der Unterausschuss erstmals über die Verflechtungen einzelner Gesellschaften und Eigenbetriebe informiert. In der kommenden Sitzung seien Berichte von Geschäftsführern und Werkleitern geplant.

8.2 Beschlussfassung über Ergebnisse und Anträge des Arbeitskreises

Herr Tjaden machte auf einen Antrag seiner Gruppe aufmerksam, der am 01.02. zu diesem Tagesordnungspunkt eingereicht worden und eigentlich an den Unterausschuss gerichtet gewesen sei. Da der Antrag dort jedoch verfristet gewesen sei, habe er ihn für den Rat vorgelegt. Aus der Tatsache, diesen jedoch nicht auf der Tagesordnung aufgeführt zu finden, schließe er, dass der Antrag automatisch Inhalt des jetzt aufgerufenen Tagesordnungspunktes sei.

Herr Tjaden trug daraufhin seinen Antrag wie folgt vor:

„Bestandsaufnahme PC's, Software, Telefon usw. in Gesellschaften, Eigenbetrieben und Beteiligungen

Finanzausschuss, Verwaltungsausschuss und der Rat der Stadt Wilhelmshaven mögen beschließen:

- Alle Gesellschaften, Beteiligungen und sonstige, die bisher nicht von der SDW betreut werden (z.B. Botanischer Garten, Kunsthalle, VHS-Schulungsbetrieb, etc.) werden durch die Verwaltung/Beteiligungsmanagement aufgefordert, eine Bestandsaufnahme ihrer eingesetzten IT und Telekommunikationseinrichtungen zu erstellen und schnellstmöglich dem Unterausschuss „Umstrukturierung/Neuordnung des Konzern Stadt“ zur Verfügung stellen.
- Die Bestandsaufnahme wird einheitlich über die beigefügte Anlage „IST-Aufnahme der IT und Telekommunikationsanlagen“ durchgeführt.“

Herr Stoffers erklärte, über den Antrag könne nicht beschlossen werden: Zum einen sei dieser nicht im Unterausschuss behandelt worden, so dass es auch keine Beschlussempfehlung des Unterausschusses gebe; zum anderen sei der Antrag für die heutige Sitzung des Rates verfristet. Eine Abstimmung darüber sei demnach nicht möglich.

Herr Tjaden hielt dem entgegen, dass seines Wissens ein Antrag verfristet sei, wenn der entsprechende Tagesordnungspunkt nicht rechtzeitig für die betreffende Sitzung angemeldet worden sei. So dürfe eine Verfristung nicht eintreten, sobald ein Tagesordnungspunkt namentlich angemeldet sei und erst später schriftlich nachgereicht würde. Da der Punkt „Beschlussfassung über Ergebnisse und Anträge des Arbeitskreises“ als ständiger Punkt auf der Ratstagesordnung vorgesehen sei, sehe er die Notwendigkeit nicht, den Antrag extra anzumelden und könne auch keine Verfristung feststellen.

Herr Stoffers erläuterte daraufhin erneut die Gründe dafür, dass der Antrag nicht behandelt werden könne.

Zwischen den **Herren Harms, Tjaden, Biehl, Hartmann und Neumann** wurde kurz das Vorgehen der BASU diskutiert.

Herr Tjaden erklärte daraufhin, er werde seinen **Antrag** sowohl für die heutige Sitzung als auch für die kommende Ratssitzung am 24.02.2010 **zurückziehen**.

B. Einwohnerfragestunde

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde
(§ 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Es lagen keine Fragen vor.

Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung
(§ 18 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)

Herr Jan Bruns, Marktbeschicker, bezog sich auf die Absage von Wochenmärkten aufgrund der Witterungsverhältnisse. Er bemängelte das Vorgehen seitens der Verwaltung bei der Absage. Seiner Meinung nach müsste bei einer solchen Entscheidung den Marktbeschickern im Vorfeld das Wort gegönnt werden. Bei der aktuellen Vorgehensweise sei vielen Firmen ein nicht unerheblicher Schaden entstanden. Hier gelte es, dringend die Kommunikation zu verbessern.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 17:30 Uhr

gez.

Schmidt
Ratsvorsitzender

gez.

Menzel
Oberbürgermeister

gez.

Rogel
Protokollführerin